Nummer 167 — 29. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchtl. mit illustr. Gratisbeilagen „Heimat und Welt" und der Kinderbeilage „Frohmut", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰.
Hauptschriftleiter: Dr. G. Debertin, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, den 22. Juli 1930

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 69 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ. Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung b. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung v. Schadenersatz.
Geschäftlicher Teil: Franz Bungert, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Pollerstraße 17. Fernruf 20012. Postscheckkonto Dresden 2703. Bankkonto Stadtbank Dresden Nr. 61719

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Pollerstraße 17, Fernruf 20733 und 20012.

Die Rheinlandfahrt des Reichspräsidenten

Begeisterter Empfang der befreiten Bevölkerung

Das befreite Rheinland steht in diesen Tagen im Zeichen der Reise des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Ueber den Beginn dieser Fahrt haben wir bereits berichtet. Um unseren Lesern einen Ueberblick über den Gesamtverlauf der bisherigen Reise zu geben, bringen wir heute ausführliche Berichte von den einzelnen Stationen der Fahrt.

Speyer

Der erste feierliche Empfang fand am Sonnabend in Speyer statt. Auf dem Bahnhof waren Ministerpräsident Dr. Held, Innenminister Dr. Stützel, Regierungspräsident Dr. Pfülf, der Oberbürgermeister, sowie zahlreiche Vertreter der Behörden und der umliegenden Gemeinden erschienen. Unter den Klängen des bayerischen Defilliermarsches wurde Hindenburg im Zuge vom bayerischen Ministerpräsidenten begrüßt. Brausender Jubel erschallte, als der Reichspräsident vor dem Bahnhof den Kraftwagen bestieg. Auf dem Wege zur Gedächtniskirche begleiteten fortgesetzt Hochrufe und der Gesang des Deutschlandliedes das Staatsoberhaupt. An der Gedächtniskirche erfolgte der Empfang durch Kirchenpräsident Dr. Keßler. Auf dem Domplatze hatten zahlreiche Vereine aus Baden, der Pfalz und dem Saargebiet Aufstellung genommen. Nachdem Bischof Dr. Sebastian den Reichspräsidenten am Domportal begrüßt hatte, folgte eine Besichtigung des Kaiserdoms.

Auf der Befreiungsfeier im Rathaus zu Speyer am Sonnabendvormittag entbot der bayerische Ministerpräsident Dr. Held im Namen der Staatsregierung, der Rheinpfalz und ihrer deutschen Bevölkerung dem Reichspräsidenten von Hindenburg einen freudigen Willkommensgruß und begrüßte zugleich auch den badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt. Dr. Held wies darauf hin, es sei traditionell geworden, daß der Kampf um den Rhein immer in der Pfalz seinen Schwerpunkt habe. Darin liege eine Unsumme von Leiden, Opfern und heldenhafter Taten der Pfälzer Bevölkerung. **Der Wille der Pfälzer, unter allen Umständen deutsch zu bleiben, habe sich fremdem Eroberungswillen gegenüber stets überlegen erwiesen.** Nach Abzug der Besatzung sei die Wirtschaftslage sehr schlecht, ja katastrophal, so daß die Pfalz auch für die Zukunft erst recht auf die tatkräftige Unterstützung des Reiches angewiesen sei, wenn sie als Grenzwacht des Deutschtums ihre Aufgabe erfüllen solle. Der Ministerpräsident sprach die Ueberzeugung aus, daß der Reichspräsident auch in Zukunft der Pfalz sein Interesse und seine Unterstützung werde angedeihen lassen. Zum Schluß gab er der begeisterten Freude der Pfälzer Bevölkerung über den Besuch des Reichspräsidenten Ausdruck.

Reichspräsident von Hindenburg dankte für die freundliche Begrüßung und erklärte, es sei ihm eine besondere Genugtuung, daß er sich mit der Pfälzer Bevölkerung der wiedererlangten Freiheit freuen könne. Mit Würde und Festigkeit, mit nie versagender Treue, nie wankendem Mut habe die Pfälzer Bevölkerung in all den Gefahren der letzten Zeit ihr Deutschtum behauptet. **Das Heimatgefühl und die Liebe zum Vaterlande habe die Pfalz befähigt, fremder Gewalt und Verlockung zu widerstehen und verräterische Anschläge auf deutsches Land zunichte zu machen.** Bewegten Herzens dankte der Reichspräsident allen Männern und Frauen der Pfalz für ihre unerschütterliche Treue und ihr tapferes Dulden.

Ferner begrüßte der Reichspräsident die Vertreter Badens und sprach dem Hanauer Land und der Stadt Kehl für ihre treudeutsche Haltung während der langen Besatzungszeit im Namen des Reichs seine dankbare Anerkennung aus. Er schloß mit der Mahnung, das Vaterland über alle persönlichen Interessen und Anschauungen zu stellen und alles Trennende zu überbrücken durch die Treue zur Heimat und dem deutschen Volke.

Der Reichspräsident begab sich dann mit den übrigen Herren auf den Balkon des Rathauses und begrüßte die zahlreiche Volksmenge mit den Worten:

„Meinen Dank für die Treue der Pfalz habe ich in der Festsitzung im Rathaus soeben zum Ausdruck gegeben. Sie alle bitte ich, stets eingedenk zu sein dieses Beispiels vaterländischer Bürgerpflicht, und über allen Streit des Tages das Vaterland zu stellen. Dann wird es mit uns vorwärts gehen. Mit diesem Wunsche rufen wir: Unser geliebtes Vaterland, unser Deutschland, lebe Hoch!"

Darauf übermittelte Reichsaußenminister Dr. Curtius die Grüße und den Dank der Reichsregierung. Er würdigte das Ende der mehr als elfjährigen Besatzungszeit als ein großes Ereignis der deutschen Geschichte und betonte, daß die Pfalz auf die vergangenen Jahre mit besonderem Stolz zurücksehen könne, da sie auch in schwerster Stunde treu zum angestammten Vaterlande gehalten habe. Er gedachte dann seines Vorgängers, Dr. Stresemanns, der mit weitem Blick und bis zur Erschöpfung seiner Kräfte für sein Ziel gekämpft habe. Schmerzlich sei es jedoch, daß die Saarpfalz und das ganze Saargebiet noch nicht mit dem Vaterlande vereinigt seien. Auch dort stehe die Bevölkerung zu ihrem Deutschtum und zum Reich, so daß man mit voller Ruhe dem Jahre 1935 entgegensehen könne. Zugleich sprach Dr. Curtius die Hoffnung aus, daß es gelingen möge, eine befriedigende Lösung der Saarfrage schon früher zu finden.

Rundfahrt durch die Pfalz

Von Speyer aus trat der Reichspräsident am Sonnabend mittag eine Rundreise durch die Pfalz an. 11.30 Uhr traf er im Kraftwagen in Neustadt a. d. H. ein, wo er von der Bürgerschaft jubelnd begrüßt wurde. Der Kraftwagen bewegte sich durch eine begeisterte Menge zum Neptunplatz, wo der deutsche Sängergruß der Gesangvereine machtvoll erscholl. Der Vertreter der Stadt, Bürgermeister Dr. Forthuber, hieß Hindenburg in Neustadt herzlich willkommen. Er sprach dem Reichspräsidenten den Dank der gesamten Bürgerschaft für seine mutige Unterschrift unter das Dokument aus, das der Stadt viel früher die Freiheit gegeben habe. Er schloß mit den Worten: „Zwei Dinge wünschen wir für Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident in Ihrem schweren Amt: Gesundheit und den Dank aller Deutschen". Der Reichspräsident dankte für die herzliche Begrüßung.

Die Fahrt führte anschließend nach Deidesheim, wo Bürgermeister Dr. Siben dem Reichsoberhaupt den Gruß der Stadt entbot. Unter der Bevölkerung herrschte große Begeisterung. Dann durchfuhr Hindenburg die festlich geschmückten Straßen von Forst und Wachenheim, wo er gleichfalls jubelnd begrüßt wurde. In Bad Dürkheim kündigte Glockengeläute das Eintreffen des Reichspräsidenten an. Bürgermeister Dr. Dahlem begrüßte den seltenen Gast, der von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge begeistert empfangen wurde. Die Tochter des Bürgermeisters überreichte Hindenburg einen prächtigen Rosenstrauß. Hindenburg unterhielt sich dann mit den anwesenden sechs Veteranen aus den Kriegen 1866 und 1870. Unter den Klängen des Deutschlandliedes und den Hochrufen der Menge verließ er gegen 15.30 Uhr Bad Dürkheim, um seine Fahrt nach Ludwigshafen fortzusetzen.

Die jüngste Großstadt am Rhein bereitete dem Reichspräsidenten einen außerordentlich herzlichen Empfang. Schon zwei Stunden vor der programmäßig festgesetzten Ankunftszeit des Reichspräsidenten und seines Gefolges bewegte sich in den reichen Flaggenschmuck aufweisenden Straßen eine große Menschenmenge. Auf dem Ludwigsplatz, wo die Empfangsfeierlichkeiten stattfinden sollten, hatten die geladenen Gäste Aufstellung genommen, darunter auch 28 Altveteranen, die später dem Reichspräsidenten besonders vorgestellt wurden. An der Spalierbildung beteiligten sich die Krieger-, Turn- und Sportvereine, die gesamte Studentenschaft und die Pfadfinder aus Mannheim sowie der Asta der Mannheimer Hochschule. Die Ankunft erfolgte mit halbstündiger Verspätung. Drei Flugzeuge kürzten die Wartezeit mit Kunstflugdarbietungen ab. Endlich erschien, von der Menge mit freudigen Hochrufen begrüßt, das Auto des Reichspräsidenten. Mit der Ankunft setzte gleichzeitig starker Regen ein, der den ganzen Empfangsakt über anhielt. Im Auto nahm der Reichspräsident die Huldigung eines Schulmädchens entgegen, das ihm einen prächtigen Blumenstrauß überreichte. Bürgermeister Kreckel, der vom Reichspräsidenten mit Handschlag begrüßt wurde, war infolge des immer stärker werdenden Regens gezwungen, seine Begrüßungsrede sehr stark abzukürzen. Kurz vor 16 Uhr erfolgte die Weiterfahrt, durch die von dichten Menschenmauern umsäumten Straßen nach dem Rheinufer zum Anlegeplatz des Dampfers „Hindenburg", der bald darauf unter den Hochrufen der Menge Ludwigshafen verließ. Ihm folgten mehrere Begleitschiffe mit Ehrengästen und Vertretern der Presse.

Sonnabend nachmittag nach 16 Uhr legte der Dampfer „Hindenburg" mit dem Reichspräsidenten an Bord am Wormser Landungssteg an. Glockengeläut, Böllerschüsse und der Jubel unzähliger Tausender grüßten den Reichspräsidenten, der von der Brücke des Schiffes aus dankte. Der Dampfer legte nur zehn Minuten an und nahm in dieser Zeit den heiß-

Der Vorschlag der Wirtschaftspartei

Um das Zustandekommen einer parlamentarischen Regierung in Sachsen

Dresden, 21. Juli.

Finanzminister a. D. Dr. Weber hat am Montag an die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, des Sächsischen Landvolks, der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, der Volksrecht-Partei und des Christlich-sozialen Volksdienstes sowie der Volksnationalen Reichsvereinigung folgendes Schreiben gerichtet:

„Nach den eingehenden Besprechungen und Verhandlungen um die Bildung einer nationalen Regierung in Sachsen sehe ich keine andere Möglichkeit für das Zustandekommen einer parlamentarischen Regierung, als Ihnen den nachfolgenden Vorschlag zu unterbreiten:

Es war mir nicht möglich, die Forderung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei auf Uebertragung des Innenministeriums zu erfüllen. Das Reich hat bekanntlich die Polizeizuschüsse an den thüringischen Staat gesperrt und begründet in seiner Streitschrift an den Staatsgerichtshof diese für ein Land mit einschneidender finanzieller Schädigung verbundene Maßnahme damit, daß die Ausübung der Polizeigewalt durch einen Vertreter der nationalsozialistischen Arbeiterpartei gegen die vom Reiche aufgestellten Richtlinien über die Gewährung von Polizeikostenzuschüssen überhaupt verstoße. Der Staatsgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 18. Juli 1930 die von der Thüringischen Regierung beantragte einstweilige Verfügung abgelehnt und stellt in seiner Begründung fest, das nicht nur formelle, sondern entscheidend sachliche Gründe dafür maßgebend waren. Ich bin daher zu der Ueberzeugung gekommen, daß im Interesse des Landes die Erfüllung der Forderung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei solange zurückgestellt werden muß, bis die Entscheidung des obersten Gerichtshofes des Deutschen Reiches vorliegt. **Unter Berücksichtigung dieser Sachlage schlage ich folgende Zusammensetzung der Regierung vor:**

1. Ministerpräsident und Finanzministerium: Wirtschaftspartei.

2. Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Justizministerium und Volksbildungsministerium: Deutsche Volkspartei.

3. Innenministerium: Deutschnationale Volkspartei.

4. Wirtschaftsministerium, Arbeits- und Wohlfahrtsministerium: Nationalsozialistische Arbeiterpartei.

Soweit zwei Ministerien einer Partei zufallen, werden sie in Personalunion besetzt. Die zu berufenden Minister haben zu erklären, daß sie mit einer Senkung ihrer Bezüge einverstanden sind.

Als grundsätzliche Richtlinien der Gesamtpolitik haben zu gelten: 1. Die Einheit und Autorität des Deutschen Reiches ist zu wahren. 2. Die staatliche Ordnung im Lande wird gewährleistet. 3. Der Staatshaushaltplan ist ohne Steuererhöhung zu balancieren. 4. Die Besetzung der Beamtenstellen erfolgt nach Vorbildung und Tüchtigkeit.

Ich bitte die verehrlichen Fraktionen dringend, alle berechtigt erscheinenden Wünsche zurückzustellen, da ich einen anderen Weg zur Bildung einer nationalen Regierung auf parlamentarischer Grundlage nach ernsthaftester Prüfung der Verhältnisse zur Zeit für ausgeschlossen halte."

Die Fraktionen sollen in der heute nachmittag 4 Uhr stattfindenden Sitzung sich zu diesem Vorschlage äußern.

•

In einer Auslassung von wirtschaftsparteilicher Seite wird zu diesem Vorschlage ausgeführt:

„Würde Sachsen bei der Zusammensetzung seiner neuen Regierung dem Vorbilde von Thüringen folgen, so würden höchstwahrscheinlich auch sofort die Polizeizuschüsse an Sachsen gesperrt. Für Sachsen aber ist eine Sperrung finanziell viel schwerer zu ertragen, da es sich hier um einen Reichszuschuß von 19,5 Millionen RM handelt. Wir glauben auch, daß diese Befürchtungen nicht auf Vermutungen, sondern auf positive Kenntnisse gegründet sind. Ein Einnahmeausfall in Höhe von rund 20 Millionen RM. muß Land und Gemeinden in die schwerste finanzielle Bedrängnis bringen und schwächt die Kraft des Landes, alle Hebel zur Ueberwindung der Erwerbslosigkeit anzusetzen. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Oeffentlichkeit der Ansicht Dr. Webers ausnahmslos beitritt, daß es richtiger ist, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes abzuwarten, und nicht das Land unnötigerweise finanziell zu schädigen und es in Konflikte mit dem Reiche zu stürzen, deren Auswirkungen nicht abzusehen sind."

•

Wie wir erfahren, hat Dr. Dehne im Auftrage der Demokratischen Gruppe auf dieses Schreiben Dr. Webers geantwortet, daß es der demokratischen Gruppe nicht möglich sei, an Verhandlungen zur Regierungsbildung teilzunehmen, solange ein auf die Nationalsozialisten sich stützendes Rechts-Kabinett vorgeschlagen werde. — Die demokratische Gruppe wird also an der Besprechung am heutigen Nachmittag nicht teilnehmen.

Wie verlautet, werden auch die Volksnationalen an der Besprechung über die Regierungsbildung nicht teilnehmen.